

Herrn Bundesrat Dr. Ph. Etter.  
 =====

Pädagogische Hilfsmassnahmen zugunsten Deutschlands und  
 Oesterreichs.

Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 1945, 14.30 Uhr im  
 Parlamentsgebäude, Bern.

- Anwesend: Herr Bundesrat Dr. Ph. Etter, Bern, Vorsitzender;
- " M. Du Pasquier, Sekretär des Departements des Innern, Bern;
  - " Prof. Dr. P. Boesch, Präsident des Schweiz. Lehrervereins, Zürich;
  - " J. Fürst, Präsident des katholischen Lehrervereins Trimbach;
  - " Dr. O. Gigon, Professor an der Universität Freiburg (vertritt gleichzeitig Herrn Prof. Dr. G. Castella);
  - " Ch. Junod, Président de la Société pédagogique de la Suisse romande, Delémont;
  - " Herbert Lang, Kommission für Bücherhilfe an das kriegsgeschädigte Ausland, Bern (vertritt gleichzeitig Herrn Dr. Hans Zbinden, Bern);
  - " Dr. K. Naef, Sekretär der Arbeitsgemeinschaft "Pro Helvetia", Zürich;
  - " R. Pestalozzi, Büro des Delegierten des Bundesrats für internationale Hilfswerke, Bern;
  - " Prof. Dr. E. Staehelin, Präsident der Schweiz. Kommission für Deutschlandhilfe, Basel;
  - " Regierungsrat Dr. E. Steimer, Präsident der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Zug;
  - " Legationsrat Dr. A. Zehnder, Eidg. Politisches Departement, Bern.
- Entschuldigt:
- " a. Staatsrat A. Borel, Sekretär der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, Marin;
  - " Prof. Dr. G. Castella, Präsident der Rektorenkonferenz, Freiburg (vertreten durch Herrn Prof. Dr. O. Gigon);
  - " Dr. Hans Zbinden, Direktor des Iris-Verlages, Bern (vertreten durch Herrn Herbert Lang, Bern).
- Protokoll:
- " W. Martel, Departement des Innern, Bern.



- 2 -

Der Vorsitzende, Herr Bundesrat Etter, begrüsst die Anwesenden und bemerkt, die Konferenz sei einberufen worden zur Prüfung der Frage, welche Hilfe auf pädagogischem Gebiete die Schweiz Deutschland und Oesterreich gewähren könne. Es handle sich dabei um ein Problem, welches das Departement des Innern schon seit langem beschäftige. Sofern die Hilfe unseres Landes gewünscht wird, wollen wir diese im Rahmen unserer Kräfte auch gewähren. Der Vorsitzende bittet die Anwesenden, Aufschluss zu erteilen über die Aktionen, welche die verschiedenen durch sie vertretenen Organisationen auf pädagogischem Gebiete vorgesehen oder bereits in die Wege geleitet haben, ersucht jedoch vorerst Herrn Du Pasquier zu berichten, welche Vorschläge dem Departement selbst in dieser Hinsicht schon unterbreitet worden sind.

Herr Du Pasquier bemerkt, dass am 11. Juni 1945 Herr Nationalrat Fenk an den Bundesrat eine kleine Anfrage betr. Zurverfügungstellung von Lehrmitteln und evt. auch von Lehrern an die grenznahen Gebiete Deutschlands und Oesterreichs gerichtet habe. Am 28. August habe der Bundesrat hierauf geantwortet, dass diese Frage bereits Gegenstand von Verhandlungen privater Organisationen (vor allem der Schweizerischen Kommission für Deutschlandhilfe) mit den französischen Okkupationsbehörden bilde; die Verwirklichung einer wirksamen Hilfe hänge aber noch von der Lösung zahlreicher Einzelfragen ab. Der Bundesrat habe in seiner Antwort auch darauf hingewiesen, dass er zusammen mit dem Politischen Departement die Möglichkeit prüfe, die alliierten Regierungen auf direktem diplomatischem Wege von der Bereitschaft der Schweiz zu einer Hilfeleistung auf pädagogischem Gebiete in Kenntnis zu setzen.

Das Departement des Innern sei ferner durch den Präsidenten des Schweiz. Lehrervereins benachrichtigt worden, dass sich bei ihm mehrere beschäftigungslose Lehrer wegen der etwaigen Übernahme einer Lehrstelle in Deutschland erkundigt hätten. Ähnliche Mitteilungen seien dem Departement auch vonseiten der Erziehungsdirektion des Kantons Bern zugegangen, die ebenfalls Anfragen stellenloser Schweizerlehrer erhalten habe.

Weitere Vorschläge stammen auch von ganz privater Seite, z.B. von einem Lehrer in Stein am Rhein.

Mit der speziellen Frage einer Hochschulhilfe befasste sich eine an das Politische Departement sowie an das Departement des Innern gerichtete Eingabe Prof. Gigons von der Universität Freiburg, der anlässlich seiner Teilnahme an einem Ferienkurs der Universität Innsbruck kürzlich Gelegenheit hatte, sich über die Bedürfnisse und Nöte vor allem der österreichischen Universitäten ein genaues Bild zu machen. Prof. Gigon weise in seinem Bericht auf die Wünschbarkeit hin, den Kontakt mit den deutschen Universitäten baldmöglichst wieder aufzunehmen. Ein solcher liege auch im Interesse der schweizerischen Wissenschaft selbst. Prof. Gigon befürworte einen gegenseitigen Austausch von Studenten und Professoren. Er erwähne auch den grossen Mangel an wissenschaftlicher Literatur in Deutschland und Oesterreich und das Interesse, das deshalb den in der Schweiz erscheinenden Ausgaben klassischer Texte (wie z.B. den Editiones Helveticae) entgegengebracht werde. Es wäre zu begrüessen, wenn von der Schweiz aus

wissenschaftliche Werke zur Verfügung gestellt werden könnten. Herr Du Pasquier fährt sodann fort:

Von den verschiedenen bei unserem Departement unternommenen Demarchen unterrichteten wir das Politische Departement und befürworteten - auf dem Wege über unsere Gesandtschaften - eine Fühlungnahme mit den alliierten Regierungen. Das Politische Departement teilte uns mit, dass in dieser Hinsicht bereits gewisse Schritte unternommen worden seien, dass ihnen aber noch mehr Nachdruck verliehen werden könnte, wenn schweizerischerseits konkrete Vorschläge bereit lägen. Es regte deshalb an, auf einer Konferenz die verschiedenen Möglichkeiten einer Hilfeleistung auf pädagogischem Gebiete zu untersuchen und die vorgesehenen Massnahmen zu koordinieren. Wir hielten diesen Wunsch für berechtigt und haben deshalb die heutige Konferenz einberufen, die auch darüber aufklären soll, was von den einzelnen Organisationen bereits getan worden ist. Wir wissen, dass sich mit der Frage der Entsendung von Lehrern bisher insbesondere die schweiz. Kommission für Deutschlandhilfe sowie die Basler-Studentenschaft befasst haben, die zu diesem Zwecke schon mit den zuständigen Regierungsstellen in Paris und den französischen Okkupationsbehörden in Kontakt getreten sind. Einer besondern Bücherhilfe schenkt vor allem die "Schweiz. Kommission für Bücherhilfe an das kriegsgeschädigte Ausland" ihre Aufmerksamkeit.

Zu den besondern Schwierigkeiten einer Lehrerhilfe bemerkt Herr Du Pasquier, dass sich zunächst die Frage stelle, wer überhaupt für eine Lehrstelle in Deutschland in Betracht kommen könne. Es genüge gewiss nicht, dass ein Lehrer beschäftigungslos sei, um auch schon für eine Entsendung nach Deutschland als qualifiziert zu erscheinen. Der Unterricht an deutschen Schulen unter den heutigen Umständen erfordere ausserordentlich viel Takt und Hingabe an die Sache. Bestimmt seien nicht alle Lehrer dieser schwierigen Aufgabe gewachsen. Besondere Aufmerksamkeit müsse im weitern den Anstellungsbedingungen der Lehrer in Deutschland geschenkt werden, ihrer Entlohnung, den Unterkunftsverhältnissen, der Art der Kontrolle ihrer Tätigkeit. Schliesslich wäre es von Vorteil, wenn eine Zentralstelle geschaffen würde, an welche sich schweizerische Interessenten wenden könnten, und welche die Anmeldungen an die zuständigen Vertreter der Okkupationsmächte weiterleiten würde. Diese Verbindungsstelle könnte nur durch eine ganz hervorragend qualifizierte Persönlichkeit geleitet werden.

Der Gegenstand der heutigen Verhandlungen hat sich in letzter Stunde insofern vereinfacht, als wir am 16. Oktober durch die schweiz. Kommission für Deutschlandhilfe erfuhren, dass die alliierten Behörden in Deutschland und Oesterreich eine offizielle Aktion der Schweiz auf dem Gebiete der pädagogischen Hilfe nicht wünschen. Sofern Hilfsmassnahmen auf privater Basis organisiert werden könnten, würden sie allerdings - dies gilt insbesondere für die französische Okkupationszone - durchaus begrüsst werden. Gleichen Tags erhielten wir auch ein Schreiben der Sektion für Arbeitsnachweis des BIGA, in welchem dieses ebenfalls darauf hinwies, dass die französischen Militärbehörden gewillt seien, Schweizerlehrer zu engagieren, dass aber deren Auswahl durch eine private

Stelle, die alle erforderlichen Garantien böte, vorzunehmen wäre. Dies stelle eine sehr heikle Aufgabe dar. Das BIGA erwähnte, dass vielleicht die unter seiner Oberaufsicht stehende schweiz. kaufmännische Stellenvermittlung in Zürich Anmeldungen entgegennehmen könnte, die dann durch eine besondere Kommission, welche durch das Departement des Innern zu bestellen wäre, überprüft werden müssten. Hiedurch könnte sich das Departement des Innern eine indirekte Kontrolle über die Entsendung von Lehrern sichern.

Der Vorsitzende dankt Herrn Du Pasquier für seine eingehenden Darlegungen und bemerkt, dass sich im Zusammenhang mit einer pädagogischen Hilfe der Schweiz vor allem drei Fragen stellen, nämlich

- I. Entsendung von Lehrern für die Volksschulen in Deutschland und Oesterreich;
- II. Ueberlassung von Lehrmitteln und wissenschaftlichen Werken;
- III. Besondere Massnahmen zugunsten der Hochschulen.

Herr Bundesrat Etter schlägt vor, jede dieser Fragen gesondert zu besprechen, damit die Diskussion übersichtlicher gestaltet werden kann. Die Anwesenden erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

#### I. Entsendung von Lehrern an die deutschen und österreichischen Volksschulen.

Der Vorsitzende bemerkt einleitend, dass einerseits feststehe, dass die alliierten Mächte eine offizielle Mitwirkung der Schweiz auf diesem Gebiete nicht wünschen. Andererseits würde jedoch in der französischen Besetzungszone die Tätigkeit schweizerischer Lehrer begrüsst, sofern die benötigten Lehrkräfte durch private Organisationen vermittelt werden könnten. Herr Bundesrat Etter erwähnt, dass eine Hilfe auf privater Basis manche Probleme vereinfache.

Prof. Boesch führt aus, dass der schweiz. Lehrerverein keinerlei Initiative in bezug auf eine Lehrerhilfe ergriffen habe. Er sei nur durch die Presse von gewissen Wünschen der Alliierten unterrichtet worden. Auf Grund dieser Pressemeldungen seien in der Folge beim schweiz. Lehrerverein verschiedene Anfragen und Anmeldungen betr. die Uebernahme von Lehrstellen in Deutschland eingegangen, worüber dem Departement des Innern berichtet worden sei. Prof. Boesch legt Gewicht auf die Feststellung, dass die ganze Sache von aussen an den Lehrerverein herangetragen worden sei. Dessen Zentralvorstand habe hierauf allerdings dem Problem seine volle Aufmerksamkeit zugewandt. Er empfiehlt Zurückhaltung. Die Schweiz soll sich nicht aufdrängen, aber wenn sie gerufen werde und sich geeignete Leute fänden, dann dürfe sie wohl nicht abseits stehen. Da eine offizielle Mitwirkung der Schweiz nicht gewünscht werde, komme heute nur noch eine Hilfe auf privater Basis in Frage. Der Redner erwähnt sodann, dass er soeben eine Besprechung mit Herrn Garnier von der französischen Botschaft in Bern gehabt habe,

der von der Direction der Education Publique in Baden-Baden (welche in der französischen Zone das Schulwesen kontrolliert) mit allen Verhandlungen über die Lehrerfrage in der Schweiz betraut worden sei. Prof. Boesch teilt mit, dass er sich bei Herrn Garnier erkundigt habe, ob vonseiten der Deutschen selbst der Wunsch nach Schweizerlehrern geäußert worden sei. Herr Garnier habe dies verneint, jedoch bemerkt, dass die französischen Behörden wüssten, dass ein wirkliches Bedürfnis nach schweizerischen Lehrkräften vorhanden sei. Ueber die Anstellungsbedingungen habe sich Herr Garnier nicht genauer äussern können, jedoch sei offenbar mit der gleichen Entlohnung (in Mark) zu rechnen, wie sie deutschen Lehrern gewährt werde. Eine Transferierung des Geldes sei allerdings vorläufig nicht möglich. Prof. Boesch führt zusammenfassend aus, dass die Schweizerlehrer keinesfalls rosige Verhältnisse antreffen werden. Vor Illusionen sei deshalb zu warnen.

Für das weitere Vorgehen schlägt der Redner zwei Wege vor: Entweder könnte sich der schweiz. Lehrerverein einzeln an die ihm bereits bekannten Interessenten wenden und diese ersuchen, sich bei der französischen Botschaft zu melden. Zu erwägen wäre jedoch auch ein allgemeiner Aufruf in der pädagogischen Presse. Alle Angemeldeten würden gemäss den Erklärungen von Herrn Garnier sowohl auf ihre politische Zuverlässigkeit wie auch auf ihre pädagogischen Fähigkeiten hin geprüft werden. Dies schade an sich nichts, da hiedurch unfähige Kandidaten weitgehend ausgeschaltet werden könnten, was nur im Interesse des Gelingens der ganzen Aktion läge. Prof. Boesch erwähnt auch, Herrn Garnier darauf aufmerksam gemacht zu haben, dass sich bisher nur wenige Lehrer zur Verfügung gestellt hätten, und dass sich unter ihnen auch eine Anzahl Gymnasiallehrer befände. Herr Garnier habe hiezu bemerkt, dass für die Letztern kein Interesse vorhanden sei; benötigt würden ausschliesslich Primarlehrer.

Eine grosse Aktion könne also vorläufig nicht gestartet werden. Sie werde aber auch auf der andern Seite gar nicht erwartet. Aber, so schliesst Prof. Boesch, etwas sollte doch unternommen werden. Der Lehrerverein wird das in seinen Kräften stehende gerne leisten. Der Redner bemerkt noch, dass seiner Meinung nach eine Beteiligung des BIGA wohl kaum zulässig wäre, da hiedurch die ganze Aktion einen offiziellen Charakter erhielte.

Der Vorsitzende verdankt die Erklärungen Prof. Boesch's. Bezüglich des BIGA teilt Herr Bundesrat Etter die Auffassung seines Vorredners.

Herr Fürst gibt bekannt, dass der katholische Lehrerverein in bezug auf eine Lehrerhilfe noch nichts unternommen habe, aber bereit wäre, sich hinsichtlich der Durchführung der Aktion mit dem schweiz. Lehrerverein in Verbindung zu setzen.

Der Vorsitzende bemerkt, dass er vor allem auch die Auffassung Prof. Boesch's unterstütze, wonach die Schweiz ihre Hilfe in keiner Weise aufdrängen solle. Er würde deshalb auch von einem Aufruf in der pädagogischen Presse eher absehen. Wenn ein Ruf

an unser Land ergehen sollte, könnte ein Aufruf immer noch nachgeholt werden. Es dürfe nämlich nicht übersehen werden, dass die Tätigkeit schweizerischer Lehrer in Deutschland heute im Dienste einer zwangsweisen Umerziehung des deutschen Volkes unter der Kontrolle der Okkupationsmächte stünde, was - vor allem im Hinblick auf eine fernere Zukunft - für unser Land keine dankbare Aufgabe darstelle. Zurückhaltung ist deshalb unbedingt geboten.

Prof. Boesch erkundigt sich, ob den nach Deutschland reisenden Lehrern allfällige finanzielle Zuschüsse von der Schweiz aus gewährt werden könnten.

Der Vorsitzende sichert die Prüfung dieser Frage zu. Zur Auswahl der Lehrer bemerkt Herr Bundesrat Etter, dass sich wohl schweizerischerseits eine private Zwischeninstanz finden lassen sollte, welche die Prüfung der Kandidaten vornähme und sich Herrn Garnier bzw. der französischen Botschaft als beratendes Organ bei der Auswahl der Lehrer zur Verfügung halten würde.

Prof. Boesch fragt, ob diese schweizerische Stelle sich auch über die politische Zuverlässigkeit oder nur über die pädagogische Befähigung auszusprechen hätte.

Der Vorsitzende glaubt, dass man wohl in der Lage sein sollte, Bewerber sowohl in politischer wie in fachlicher Hinsicht den französischen Behörden zu empfehlen.

Dr. Naef rät von einer Lehrerhilfe zugunsten Deutschlands und Oesterreichs ab. Die zahlreichen damit verbundenen Schwierigkeiten würden den Aufwand nicht lohnen. Die offenbar nur wenig zahlreichen Lehrer, die überhaupt zur Verfügung stünden, nützen praktisch nichts, sodass es wohl besser wäre, auf die ganze Aktion zu verzichten, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen.

Prof. Stachelin bemerkt, dass sich auch die Basler-Studentenschaft und die Schweiz. Kommission für Deutschlandhilfe mit der Vorbereitung von Hilfsmassnahmen erst befasst hätten, als von aussen auf die Wünschbarkeit einer Lehrer- und Schulbücherhilfe hingewiesen worden sei. Eine grössere Aktion begegne unbedingt zahlreichen Schwierigkeiten. Insbesondere sollte der Wunsch nach Schweizerlehrern bei den Deutschen selbst vorhanden sein, da dann der Unterricht nicht lediglich als im Dienste der Besatzungsbehörde stehend aufgefasst werden könnte. Die Schweizerlehrer sollen nicht als Beauftragte der Okkupationsmächte kommen.

Prof. Boesch erwähnt noch, dass im Lehrerverein auch darüber gesprochen worden sei, im Amte stehende Lehrer nach Deutschland <sup>zu</sup> entsenden und diese durch Vikare vertreten zu lassen. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich die Erziehungsdirektoren zu einem solchen Plan einstellen würden. Es erhebe sich auch die Frage, ob ein Vorgehen der Kantone als eine "offizielle" Massnahme angesehen werden müsste.

- 7 -

Regierungsrat Dr. Steimer antwortet, dass sich die Erziehungsdirektorenkonferenz mit der Frage einer Lehrerhilfe zugunsten Deutschlands bisher nicht befasst habe. Sie werde hierzu wohl auch gar nicht Stellung beziehen, solange der Bund in der ganzen Angelegenheit nichts unternehmen könne, sondern alles den einzelnen Kantonen überlassen. Zur Frage der Entsendung amtierender Lehrer bemerkte der Redner, dass sich bestimmt nicht alle Kantone damit einverstanden erklären könnten. Unsere eigenen Schüler stehen uns schliesslich doch am nächsten. Auch seien offenbar schon die rein äusseren Bedingungen, unter welchen die Lehrer zu arbeiten hätten, so schwer, dass man ihnen die Annahme einer Stelle in Deutschland kaum zumuten könne. Praktisch kämen also wohl nur stellenlose Lehrer in Frage, unter denen es jedoch zweifellos auch sehr tüchtige Kräfte gebe.

Der Vorsitzende fasst das Resultat der Diskussion zu Punkt I wie folgt zusammen:

1. Jegliche offizielle Aktion der Schweiz auf dem Gebiete einer Lehrerhilfe unterbleibt.
2. Wenn das Ausland eine Lehrerhilfe wünscht, so bleibt es den ständigen Lehrervereinigungen sowie den kantonalen und städtischen Erziehungsdirektionen überlassen, die hiefür geeigneten Schritte zu unternehmen.

Die Anwesenden erklären sich mit diesen Schlussfolgerungen einverstanden.

Prof. Boesch präzisiert noch, dass Wünsche der alliierten Behörden bereits vorlägen.

## II. Ueberlassung von Lehrmitteln und wissenschaftlichen Werken.

Der Vorsitzende erteilt Herrn Herbert Lang von der "Schweiz. Kommission für Bücherhilfe an das kriegsgeschädigte Ausland" das Wort.

Herr Lang führt aus, dass sich schon seit zwei Jahren die Rufe nach Bücherlieferungen an das kriegsgeschädigte Ausland ständig mehrten. Es habe sich als notwendig erwiesen, diese Anfragen zu koordinieren, weshalb die Schweizerische Kommission für Bücherhilfe gebildet wurde. In ihr seien heute vertreten die Rektorenkonferenz der schweiz. Universitäten, die Schweiz. Arbeiterbildungszentrale, der Schweiz. Buchhändlerverein, die Schweiz. Caritaszentrale, der Schweiz. Evangelische Kirchenbund, der Schweiz. Gewerkschaftsbund, die Schweiz. Hilfsaktion für kriegsnotleidende Studenten, der Schweiz. Schriftstellerverein, die Société des Libraires et Editeurs de la Suisse Romande, der Verein schweiz. Verlagsbuchhändler und die Vereinigung Schweizer Bibliothekare. Als weitere Mitglieder seien vorgesehen die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und die Schweiz. Vereinigung für Dokumentation. Wegen fehlender Mittel habe bisher nur in geringem Masse Hilfe geleistet werden können. Eine Bezahlung der Bücher (auch in Form eines Kompensationsgeschäftes) durch Deutschland sei zurzeit nicht

möglich. Die Kommission habe sich deshalb an die Schweizerspende gewandt, welche nächste Woche entscheiden werde, ob sie für eine Bücherhilfe Mittel zur Verfügung stellen könne. Die Kommission sehe übrigens nicht bloss Leistungen an Deutschland und Oesterreich vor, auch Frankreich, Italien und weitere Länder würden berücksichtigt. Bei den in Betracht fallenden Büchern handle es sich vor allem um gewerbliche Literatur, ferner um wissenschaftliche Werke für die Hochschulen und um Literatur zur Einrichtung öffentlicher Bibliotheken an besonders schwer geprüften Orten, wobei vor allem Bücher, die schweizerisches Gedankengut vertreten und wahrer humanistischer Gesinnung entspringen, bevorzugt werden sollen. Gerade die Aufrufung von Bibliotheken habe den Vorteil, dass einer solchen Hilfe jegliche zwangsweise Einwirkung auf die Bevölkerung abgehe, da ja der Besuch von Bibliotheken auf völlig freiwilliger Basis erfolge. Eine eigentliche Schulbücherhilfe für Primarschulen komme wegen der allzugrossen Dimensionen, die eine solche annehmen müsste, und der Unmöglichkeit, die hierfür erforderlichen Mittel bereitzustellen, nicht in Frage. Eine erste Anfrage französischerseits habe bereits von der Sendung von 300 - 500'000 Schulbüchern gesprochen. Die Ueberlassung von Schulbüchern würde übrigens auch denselben Bedenken rufen, wie sie gegen eine Entsendung von Lehrern geltend gemacht worden seien. Es könnte in ihnen ebenfalls ein Hilfsmittel zur zwangsweisen Umerziehung der Deutschen gesehen werden, das sich vielleicht in spätern Jahren für die Schweiz nachteilig auswirken würde.

Herr Lang teilt ferner mit, dass der Handel die Bücher an die Kommission zu einem Vorzugspreis abgeben würde. Massgebend für die Tätigkeit der Kommission wird aber vor allem sein, ob sie die erforderlichen Mittel bewilligt erhält. Ist dies der Fall, so würde durch Schaffung eines ständigen Büros eine Koordination aller Bücherhilfeaktionen und damit eine wirklich wirksame Hilfe ermöglicht.

Der Vorsitzende verdankt das Votum von Herrn Lang.

Prof. Stachelin gibt zunächst einige Erklärungen ab zu den Bücherhilfeaktionen, die Basel bereits zur Durchführung gebracht hat. Es handelt sich dabei um die Lieferung von 6000 Schulbüchern der Baslerschulen nach dem Tirol und um die Erlaubnis zum Nachdruck von Basler-Schulbüchern in den grenznahen Gebieten Badens. Prof. Stachelin begrüsst insbesondere den Vorschlag von Herrn Lang betreffend eine Hilfe an Volksbibliotheken. Der Lesehunger in Deutschland sei ungeheuer gross. Er würde es deshalb ausserordentlich begrüssen, wenn die Schweizerspende grössere Mittel zur Verfügung stellen könnte.

Regierungsrat Dr. Steimer teilt mit, dass der Schweiz. Studentenverein auf Weihnachten eine grosse Bücheraktion plane, die sehr erfolgversprechend zu werden scheine. Wichtig sei aber, dass alle diese verschiedenen Aktionen in Zukunft koordiniert würden.



Da zu Punkt II das Wort nicht weiter verlangt wird, resümiert der Vorsitzende das Ergebnis der Diskussion wie folgt:

Jegliche offizielle Aktion auf dem Gebiete der Bücherhilfe unterbleibt. Allfällige Anregungen und Wünsche sollen an die "Schweiz. Kommission für Bücherhilfe an das kriegsgeschädigte Ausland" weitergeleitet werden.

Die Anwesenden stimmen vorstehender Schlussfolgerung zu.

### III. Besondere Massnahmen zugunsten der Hochschulen.

Der Vorsitzende erteilt Prof. Gigon das Wort.

Prof. Gigon führt aus, dass sich die Hochschulhilfe grundsätzlich von den unter Ziff. I und II besprochenen Hilfsmassnahmen unterscheide und zwar in vierfacher Hinsicht:

- a) Das Moment der Umerziehung trete bei einer Hochschulaktion zurück, denn eine solche verfolge nicht pädagogische sondern in erster Linie wissenschaftliche Zwecke. Dadurch würden von vorneherein gewisse Bedenken, die gegen eine Lehrer- und Schulbücherhilfe vorgebracht worden seien, entkräftet.
- b) In quantitativer Hinsicht sei eine Hochschulhilfe viel überschaubarer. In Deutschland kämen heute praktisch etwa sechs, in Oesterreich drei Universitäten für eine Hilfsaktion in Frage.
- c) Eine Hochschulhilfe liege ferner im eigenen Interesse der Schweiz selbst. Wir können uns wissenschaftlich nicht isolieren. Die Wiederaufnahme des Kontaktes mit den deutschen Hochschulen, in denen wertvollste deutsche Tradition steckt, die sich allerdings in den vergangenen Jahren keine Geltung mehr zu verschaffen mochte, stelle eine wissenschaftliche Lebensfrage auch für die Schweiz dar. Schweizerische Studenten sollen wieder im Ausland studieren können, Ausländer zu uns kommen.
- d) Eine Hochschulhilfe könne an einen bereits bestehenden Kontakt mit den deutschen Universitäten anknüpfen. Viele Schweizer verdanken einen Teil ihrer Ausbildung deutschen Hochschulen. Es bestünden mannigfache Beziehungen zum deutschen Geistesleben, und zahlreiche persönliche Bekanntschaften verbänden schweizerische und deutsche Gelehrte.

Die Wünschbarkeit und Dringlichkeit einer Hochschulhilfe könne deshalb nicht in Abrede gestellt werden. Die Hilfe müsste insbesondere umfassen

- a) die Ermöglichung von Ferienaufenthalten deutscher Dozenten in der Schweiz,
- b) die Zurverfügungstellung schweizerischer Dozenten an Deutschland und Oesterreich.

Dazu kommt die Förderung des Studentenaustausches.

Was den 1. Punkt anbelangt, so dürfte es sich bei den erholungsbedürftigen Professoren nur um eine relativ kleine Zahl handeln, deren Unterbringung, eventuell bei Bekannten, keine allzugrossen Schwierigkeiten verursachen dürfte. Auch bezüglich des zweiten Punktes glaubt Prof. Gigon, dass schon wenige schweizerische Dozenten genügen würden, um in Deutschland wertvollste Arbeit zu leisten. Auf der Hochschulstufe sei eben jeder einzelne Lehrer von massgeblicher Bedeutung. Vielleicht wären Privatdozenten bereit, auszureisen. Eine offizielle Aktion der Schweiz komme auch auf diesem Gebiete nicht in Frage.

Zum Vorgehen im einzelnen bemerkt Prof. Gigon, dass vor Ingangsetzung irgendeiner Hilfsaktion zunächst zuverlässige Erhebungen über die derzeitige Lage an den Universitäten gemacht werden müssten. Vertreter schweizerischer Universitäten wären mit dieser Aufgabe zu betrauen und hätten sich an Ort und Stelle zu begeben, um sich über die Bedürfnisse der einzelnen Hochschulen zu orientieren. Es wäre sehr zu wünschen, wenn sich die Bundesstellen zugunsten dieser Delegierten bei den Besetzungsbehörden um Reiseerleichterungen verwenden könnten.

Hierauf wäre an die Schaffung einer Zentralstelle zu denken, die alle Interessenten zu informieren und die Bundesbehörden laufend über die Hochschulaktion zu orientieren hätte.

Zur Lage in Innsbruck führt Prof. Gigon aus, dass die dortige Universität im grossen und ganzen intakt geblieben sei. Die Ferienaktion für Professoren müsste sich allerdings auch auf diese Universität erstrecken. Viel schwieriger sei die Lage in Graz, wo der Dozentenstand sehr reduziert und die Universitätsbibliothek völlig zerstört sei. Schweizerische Dozenten wären dort sehr erwünscht.

Ein schwieriges Problem der Hochschulhilfe bilde die Finanzierung. Aber es sei zu bedenken, dass es sich nicht um eine grosse Zahl von Lehrern handle, welche in eine Hilfsaktion einbezogen würde, sodass sich eine Lösung finden lassen sollte.

Der Vorsitzende verdankt die Ausführungen Prof. Gignons.

Herr Du Pasquier bemerkt, dass sich mit der Aufnahme ausländischer Studenten bereits auch eine interdepartementale Kommission befasse. Die Frage der Aufnahme fremder Studenten sei demnach für sich zu behandeln.

Prof. Stahelin erkundigt sich näher nach dieser Kommission.

Der Vorsitzende präzisiert, dass es sich dabei nicht um ein eigentliches Hilfswerk handle. Die Kommission bezwecke in erster Linie, ausländischen Studenten ihre Einreise in die Schweiz zu erleichtern und regle auch gewisse Fragen, die mit der Finanzierung ihres Aufenthaltes in unserem Land oder mit der Aufnahmefähigkeit der Universitäten zusammenhängen.

- 11 -

Dr. Naef führt aus, dass die Vorschläge Prof. Gigons vielleicht der Ort seien, wo eine Hilfe der "Pro Helvetia" einsetzen könnte. Es wäre eventuell möglich, an die Ausreise junger Dozenten unter dem Gesichtspunkt der Förderung des akademischen Nachwuchses gewisse Beiträge auszurichten. Notwendig sei aber, dass zunächst die Lage an den einzelnen Universitäten genau abgeklärt werde. Was darüber in Presseberichten erscheine, verdiene kein grosses Vertrauen. Eine Hochschulhilfe sollte sich auch auf die der Schweiz benachbarten Universitäten beschränken.

Prof. Stahelin warnt auch bei einer Hochschulhilfe vor dem Sich-Aufdrängen. Er erwähnt eine ihm kürzlich durch einen deutschen Dozenten unterbreitete Anregung, in der Schweiz zur Wiederherstellung des Kontaktes unter den Hochschulen internationale Hochschulwochen durchzuführen.

Prof. Boesch zweifelt an der Möglichkeit, diese Idee heute schon zu verwirklichen. Die Hassgefühle zwischen den verfeindeten Völkern seien noch viel zu gross.

Prof. Gigon bemerkt, dass die vorgesehene Hilfe den Hochschulen keineswegs aufgedrängt werde. Da auch wir den Kontakt mit dem Ausland benötigen, könne übrigens nicht davon gesprochen werden, dass wir ausschliesslich der gebende Teil seien.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er beabsichtige, Prof. Dr. Castella zu bitten, den Bericht Prof. Gigons der Rektorenkonferenz vorzulegen. Das Departement des Innern wird in diesem Sinne an Prof. Dr. Castella gelangen. Herr Bundesrat Etter wünscht ebenfalls, dass der Kontakt mit den ausländischen Universitäten nach Möglichkeit gefördert werde. Das Departement des Innern erklärt sich gegebenenfalls bereit, die Besetzungsbehörden zu ersuchen, den Delegierten schweizerischer Universitäten für ihre Informationsreise nach Deutschland die grösstmöglichen Reiseerleichterungen zu gewähren. Der Vorsitzende erwähnt schliesslich, dass in einem Programm für eine Hochschulhilfe auch die Einladung deutscher Professoren in die Schweiz aufgenommen werden sollte. Diese Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Kontaktes sollte nicht übergangen werden. Die Einladungen hätten zur Folge, dass sich die deutschen Universitäten durch Berufung schweizerischer Dozenten revanchieren würden.

Herr Jund bemerkt, dass eine Notwendigkeit bestehe, die Beziehungen zwischen den ausländischen und schweizerischen kulturellen Verbänden wieder neu zu vertiefen. Es wäre erwünscht, wenn die Behörden alle diesbezüglichen Bestrebungen nach Möglichkeit unterstützen würden.

Der Vorsitzende fügt noch bei, dass das Departement des Innern stets bestrebt sein werde, die Abhaltung internationaler Kongresse in der Schweiz zu erleichtern. Er teilt jedoch mit Prof. Boesch die Ansicht, dass solche zurzeit noch nicht durchführbar

- 12 -

erscheinen. Zur Frage der Aufnahme ausländischer Studenten bemerkt Bundesrat Etter, dass infolge der Ueberfüllung der meisten schweizerischen Universitäten die Aufnahmemöglichkeiten naturgemäss beschränkt seien.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Der Vorsitzende glaubt, dass die Konferenz wesentlich zur Abklärung der mit einer pädagogischen Hilfe an Deutschland verbundenen Fragen beigetragen habe. Er dankt allen Teilnehmern für ihr Erscheinen und schliesst die Sitzung um 18.50 Uhr.

Der Protokollführer

Martel